

ANDREAS LADNER

Elektronisch wählen – smart wählen

1 E-Voting und Voting Advice Applications

Die Schweiz soll nicht nur bei der direkten, sondern auch bei der elektronischen Demokratie eine weltweit führende Rolle einnehmen, liess der Bundesrat anfangs 2002 verlauten¹: «Mit der Einführung des ‹Vote électronique› [E-Voting] könnte die Schweiz auf dem Gebiet der elektronischen Demokratie eine Vorreiterrolle im internationalen Bereich wahrnehmen. Ihr praktisches Beispiel könnte zeigen, dass die neuen elektronischen Möglichkeiten auch in grossräumigeren staatlichen Gebilden, insbesondere auch in supranationalen Organisationen, die Einführung von Elementen der direkten Demokratie erleichtern und fördern könnten.»

Nach einer ersten Etappe mit Pilotversuchen in den drei Kantonen Genf, Neuenburg und Zürich, die in enger Zusammenarbeit mit dem Bund durchgeführt und von ihm auch finanziell unterstützt wurden, hat sich der Bundesrat am 31. Mai 2006 für eine schrittweise und risikobewusste Einführung des ‹Vote électronique› ausgesprochen². Die Zusammenfassung der Erkenntnisse aus der Pilotphase und die Vorschläge über das weitere Vorgehen wurden zusammen mit Änderungen des Bundesgesetzes über die politischen Rechte der Auslandschweizer, die ebenfalls Vorkehrungen mit Blick auf das elektronische Abstimmen beinhalteten, von den Räten in den Jahren 2006/2007 behandelt und fanden eine gute Aufnahme. Der Bericht sieht vor, dass an den ursprünglich formulierten Etappen festgehalten wird, dass diese aber noch zusätzlich ausdifferenziert werden müssen. Insbesondere geht es darum, noch weitere Erfahrungen zu sammeln und zu verhindern, dass ein Misstrauen gegenüber dem ‹Vote électronique› entsteht. Entsprechend wurde zum Beispiel vorgeschrieben, dass bei keiner eidgenössischen Volksabstimmung im Verlaufe der nächsten Legislatur mehr als zehn Prozent der eidgenössischen Stimmberechtigten in Versuche mit dem ‹Vote électronique› einbezogen werden dürfen. Bei obligatorischen Referenden, bei denen auch das Ständemehr entscheidend ist, dürfen zusätzlich nicht mehr

¹ Bericht des Bundesrates über den Vote électronique. Chancen, Risiken und Machbarkeit elektronischer Ausübung politischer Rechte vom 9. Januar 2002.

² Bericht des Bundesrates über die Pilotprojekte zum Vote électronique vom 31. Mai 2006.

als 20 Prozent der betroffenen kantonalen Elektorate über den *«Vote électronique»* abstimmen können. Die vorgeschriebenen Grenzen mögen etwas willkürlich anmuten, sie zeugen aber davon, dass man die Sache mit dosiertem Risiko angehen will. Von der Euphorie, mit der man ursprünglich den Möglichkeiten der elektronischen Demokratie begegnet ist, ist nicht mehr viel zu spüren.

Von den im Bericht des Bundesrates im Jahr 2002 ursprünglich einmal genannten Etappen «Harmonisierung der Stimmregister beziehungsweise Schaffung eines einheitlichen eidgenössischen Stimmregisters, Ermöglichung von elektronischen Abstimmungen, Wahlen, Unterzeichnung von Referenden und Initiativen und Einreichung von Wahlvorschlägen für Nationalratswahlen» ist noch kaum etwas nachhaltig realisiert worden. Nach wie vor lässt sich kein Datum nennen, wann das elektronische Wählen und Abstimmen gesamtschweizerisch Realität sein wird, und der Anspruch, weltweit eine Vorreiterrolle einzunehmen, mutet heute ziemlich vermessen an. Die Schweiz schreitet gemächlich voran und es werden vorab in Kantonen und Gemeinden Erfahrungen gesammelt. Dies entspricht der schweizerischen Reformpraxis, bei der nicht selten Neuerungen zuerst auf der unteren Ebene erprobt werden.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht bedauerlich ist, dass man sich bis anhin vor allem mit technischen Problemen und Fragen der Sicherheit befasst hat. Viel zu selten hat man sich die Mühe genommen, etwas genauer hinzuschauen, welche Potenziale aus dem elektronischen Wählen entstehen könnten und welche Auswirkungen dies auf Politik und Gesellschaft haben könnte. Eine Ausnahme bildet Wolf Linder. Er hat sich bereits im Jahr 2001 zusammen mit Adrian Vatter, Thomas Holzer und Georg Lutz in einem Gutachten mit den Auswirkungen des E-Votings auf das Stimmverhalten befasst³. Die Autoren kommen darin unter anderem zum Schluss, dass von der Einführung des E-Votings «[...] weder eine markante Steigerung der Stimmbeteiligung noch eine Vergrößerung des Mittelschichts-Bias der Partizipation durch den E-Divide zu erwarten [ist]. Generell ist daher von E-Voting kein Einfluss auf die Abstimmungsergebnisse zu erwarten» (Linder 2001: 14). Wie weit dieses Urteil bald zehn Jahr später noch zutrifft, werden wir weiter unten sehen.

Weitaus dynamischer als der *«Vote électronique»* hat sich in den letzten Jahren ein zweiter mit dem elektronischen Wählen – zumindest auf den zweiten Blick – eng verknüpfter Bereich entwickelt: das elektronische Auswählen. In der Schweiz wie auch in zahlreichen anderen Ländern sind in den letzten Jahren eine grössere Zahl

3 http://www.bk.admin.ch/themen/pore/evoting/00776/02030/index.html?lang=de&download=M3wBPgDB_8ull6Du36WenojQ1NTTjaXZnqWfVpzLhmfhnappmmc7Zi6rZnqCkkIN3hHyAbKbXrZ6lhuDZz8mMps2gpKfo (22.8.2008)

von so genannten VAAs (Voting advice applications) oder Auswahlhilfe-Tools entstanden. Als Pionierland gelten die Niederlanden, wo den Wählerinnen und Wählern mit dem Stemwijzer bereits 1989 eine erste solche Wahlhilfe, allerdings als Papierversion, zur Verfügung gestellt wurde. Auf die Print-Version folgte 1998 die erste Online-Version⁴. Der Stemwijzer wurde 1998 nur rund 250'000 Mal benutzt, in den folgenden Jahren wurde die Website aber immer bekannter. Bei den Wahlen 2006 konnten bereits 4.6 Millionen registriert werden (Walgrave et al. 2008).

Diese Erfolgsgeschichte blieb nicht unbemerkt und Stemwijzer wurde in verschiedene andere Länder exportiert. So beispielsweise als Wahl-o-Mat nach Deutschland⁵ oder als Politarena in die Schweiz⁶, aber auch nach Bulgarien⁷, Kanada⁸ oder in den Irak⁹. Allerdings rief dieser Erfolg auch kritische Stimmen hervor. Zum einen wurde die verwendete Methodik hinterfragt und zum anderen wurde bemängelt, dass der Stemwijzer jeweils nur eine Wahlempfehlung für eine begrenzte Auswahl der zur Wahl stehenden Parteien – in der Regel die vier bis acht grössten Parteien – anbietet. Dies schmälert den Wert des Stemwijzers, vor allem auch für Länder mit einer grösseren Anzahl von Parteien oder für Länder, in denen die Wählerinnen und Wähler auch einzelne Kandidierende direkt wählen können (zum Beispiel die Schweiz, Luxemburg oder auch Deutschland mit der Stimme für die Direktkandidierenden).

Die Kritik führte dazu, dass in mehreren Ländern eigenständige, jeweils auf die spezifischen Wahlsysteme abgestimmte Online-Wahlhilfen entwickelt wurden: so zum Beispiel die Wahlkabine in Österreich¹⁰, Who-Do-I-Vote-For in Grossbritannien¹¹, die Projekte Vote Smart¹² und On the Issues¹³ in den USA, smartvote in der Schweiz¹⁴, der Stemtest in Belgien¹⁵ und sogar in den Niederlanden selbst erwuchs dem Stemwijzer in Form des Kieskompas¹⁶ Konkurrenz. Schliesslich wurde

4 <http://www.stemwijzer.nl>

5 <http://www.wahlomat.de>

6 <http://www.politarena.ch>

7 <http://glasovoditel.online.bg>

8 <http://www.smartvoteottawa.ca>

9 <http://www.niqash.org/wahlomat/wahlomat.php?lang=en&qmax=25>

10 <http://www.wahlkabine.at>

11 <http://www.whodoivotefor.co.uk>

12 <http://www.votesmart.org>

13 <http://www.ontheissues.org>

14 www.smartvote.ch

15 <http://doedestemtest.satama.nl>

16 <http://www.kieskompas.nl>

mit dem Political Compass¹⁷ sogar eine wahlunabhängige, global nutzbare Orientierungshilfe geschaffen. Online-Wahlhilfen wie smartvote oder Kieskompas wurden selbst wiederum in verschiedene Länder exportiert, so dass heute in zahlreichen Ländern Wählerinnen und Wähler jeweils zwischen mehreren Online-Wahlhilfen auswählen können.

Die zur Verfügung stehenden Online-Wahlhilfen unterscheiden sich in mehreren Belangen: Mit Ausnahme von smartvote basieren alle auf einem Vergleich Wählende-Parteien, während smartvote einen Positionsvergleich basierend auf den Präferenzen der einzelnen Kandidierenden anbietet. Die meisten der Online-Wahlhilfen erheben die Informationen bei den Parteien mittels Befragungen. Eine Ausnahme bildet Kieskompas, welcher die Daten zu den Parteien mittels einer Inhaltsanalyse der Wahlprogramme der Parteien erfasst. Schliesslich existieren auch grosse Unterschiede bei der Trägerschaft. Der Wahl-o-Mat wird von der staatlichen Bundeszentrale für politische Bildung getragen, smartvote und die meisten anderen Online-Wahlhilfen werden von Vereinen und NGOs sowie ab und an mit Unterstützung von Universitäten betrieben und der Stemtest wurde von einem Fernsehsender in Auftrag gegeben und bezahlt.

Diese Auswahlhilfen erfreuen sich also nicht nur einer steigenden Beliebtheit und beleben die politischen Auseinandersetzungen, sondern sind, so soll in diesem kleinen Aufsatz argumentiert werden, vor allem auch für die Politikwissenschaften von grossem Interesse, weil sie nicht nur eine neue Form der Datengewinnung über Parteien, Kandidierende und Wählende mit sich bringen, sondern möglicherweise auch den Akt des Wählens nachhaltig verändern. Betrachten wir aber zuerst diese Auswahlhilfe-Tools noch etwas genauer.

2 Noch kaum erkannte Möglichkeiten für die Forschung

Das Herz der Auswahlhilfe-Tools ist das sogenannte «Matching», das heisst der Vergleich der politischen Positionen oder Präferenzen der Wählenden oder Benutzern mit denjenigen der Parteien oder Kandidierenden. Praktisch alle bekannteren Auswahl-Hilfen basieren auf diesem Prinzip, wobei die Zahl und der Inhalt der Fragen wie auch die Antwort- und Gewichtungsmöglichkeiten variieren. Damit dieser Matching-Prozess durchgeführt werden kann, braucht es Informationen vonseiten der Wählenden und vonseiten der zu wählenden Kandidierenden oder Parteien.

¹⁷ <http://www.politicalcompass.org>

Bei smartvote für die National- und Ständeratswahlen 2007 galt es beispielsweise 63 Fragen zu konkreten und aktuellen politischen Entscheidungen aus den zehn Themenbereichen Soziales, Familie und Gesundheit, Bildung und Forschung, Migration und Integration, Gesellschaft, Kultur und Ethik, Finanzen und Steuern, Wirtschaft und Arbeit, Umwelt, Verkehr und Energie, staatliche Institutionen, Justiz, Polizei und Armee und Aussenpolitik und Aussenwirtschaft zu beantworten. Als Antwortmöglichkeiten standen jeweils «Ja», «Eher ja», «Eher nein» und «Nein» zur Verfügung. Zudem wurden noch zehn weitere Fragen zu den Ausgabenpräferenzen für einzelne Politikbereiche gestellt. Beantwortet wurden diese Fragen sowohl von den Kandidierenden wie auch von den Wählenden. Auf der Basis der Antworten können dann die Übereinstimmungswerte mit einzelnen Parteien oder mit den verschiedenen Kandidierenden berechnet und auf unterschiedliche Art und Weise dargestellt werden.

Einmal abgesehen von den gesellschaftlichen und politischen Implikationen, über die es noch zu sprechen gilt, ist bei solchen Auswahlhilfe-Webseiten auch die politikwissenschaftliche Forschung gefordert. Ein erster Fragenkomplex dreht sich dabei um das Matching-Verfahren und damit um die Beschaffenheit des politischen Raums. Aufgrund von welchen Fragen wird der Grad der Übereinstimmung zwischen den Wählenden und den Parteien/Kandidierenden bestimmt und damit die Wahlempfehlung ausgestellt? Je nach Vorstellung über die relevanten politischen Dimensionen und den politischen Wettbewerb werden Fragen aus unterschiedlichen Themenbereichen und zu mehr oder weniger kontroversen Sachverhalten ausgewählt. Umstritten ist dabei insbesondere auch, ob man sich für die Positionierung der Parteien auf ihre Selbstdeklaration, auf Aussagen von Experten oder auf schriftliche Dokumente wie beispielsweise Parteiprogramme und Wahlplattformen abstützen soll. Im Fall des Schweizer Wahlsystems, bei dem auch die politische Positionierung der einzelnen Kandidierenden von Bedeutung sein kann, drängt sich die Selbstdeklaration der Kandidierenden auf der Basis einer Befragung auf. Grundsätzlich muss aber davon ausgegangen werden, dass Auswahl und Formulierung von Fragen auch Auswirkungen auf die Wahlempfehlungen haben. Damit gewinnen natürlich auch entsprechende wissenschaftliche Erkenntnisse an Praxisrelevanz.

Für wissenschaftliche Analysen besonders interessant sind weiter die durch solche Online-Wahlhilfen generierten Daten. Hier eröffnen sich mindestens drei teilweise miteinander verbundene Forschungsbereiche:

- Wenn davon auszugehen ist, dass für die Kandidierenden und für die Parteien ein positiver Anreiz besteht, auf solchen Auswahlhilfe-Plattformen vertreten

zu sein, weil sie so ihre politischen Positionen präsentieren und allenfalls auch zusätzliche Wählerstimmen gewinnen können, so erzielt man deutlich grössere Beteiligungswerte als bei den in der Wissenschaft üblichen Kandidierenden-Befragungen. Während bei den Kandidierenden-Befragungen Rücklaufquoten von weniger als 50 Prozent schon als befriedigend betrachtet werden (vgl. Zittel/Gschwend 2007: 302), erzielte smartvote bei den Nationalratswahlen 2007 bei etwa 3'100 Kandidierenden eine Beteiligungsquote von rund 85 Prozent. Das heisst mit anderen Worten: Für über 2'600 Kandidierende liegen sehr umfassende Angaben über ihre politische Positionierung vor. Dies eröffnet zahlreiche interessante Analysemöglichkeiten (vgl. Ladner et al. 2008).

- Auch auf der Ebene der Wählenden stösst man in neue Dimensionen vor. Insgesamt hat smartvote 2007 gegen eine Million Wahlempfehlungen ausgestellt¹⁸. Ausgehend von diesen Wahlempfehlungen kann beispielsweise bestimmt werden, welche Kandidierenden oder Parteien besonders häufig empfohlen werden. Rund 27'000 Benutzer haben sich zudem an den Online-Befragungen beteiligt und zusätzliche Angaben zu ihrer Person, ihren politischen Präferenzen und ihrem Umgang mit den Ergebnissen von smartvote gemacht. Natürlich handelt es sich bei den Benutzern nicht um einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung. Weiss man aber einmal, in welche Richtung das Sample verzerrt ist, so sollte sich – genau so wie dies bei den traditionellen Umfragen auch geschieht – durch Gewichtung ein Sample zusammenstellen lassen, welches dem Bevölkerungsdurchschnitt sehr nahe kommt. Entsprechend eignet sich smartvote auch für Wahlprognosen und Wahlanalysen.
- Die smartvote Plattform lässt sich auch noch weiter ausbauen. Im Prinzip kann der gesamte Auswahlprozess, der häufig zuhause am Küchentisch erledigt wird, auf die Webseite verlegt und elektronisch verfolgt werden. Die Wählenden erhalten die Unterlagen und können zwischen verschiedenen Listen auswählen oder auf einer «leeren» Liste eine eigene Auswahl zusammenstellen. Danach kann er oder sie nach (weiteren) Kandidierenden suchen, ausgewählte streichen und durch neue ersetzen oder bestimmte kumulieren. Dabei kann sie oder er bisherige Kandidierende bevorzugen, sich auf den Bekanntheitsgrad abstützen, Personen aufgrund ihrer politischen Präferenzen respektive Übereinstimmungswerte hinzufügen oder zusätzliche Persönlichkeitsmerkmale wie etwa Geschlecht oder

¹⁸ Bereinigt man die Doppelzählungen und Mehrfachbenutzerinnen und -benutzer so entspricht dies rund 300'000 Wählerinnen und Wählern.

Alter herausfiltern. Die sich hier eröffnenden Analysemöglichkeiten dürften der Wahlforschung neue Impulse geben (vgl. auch Lau/Redlawsk 2006). Die Analyse der einzelnen Schritte der Wählenden auf der Plattform gibt genaue Einblicke in den Auswahlprozess und damit auch in den Vorgang des Wählens.

Die hier erwähnten Möglichkeiten sollen das wissenschaftliche Interesse an solchen Online-Wahlhilfen wecken. Die erwarteten wissenschaftlichen Erkenntnisse sind notwendig, um diese Instrumente zu verbessern und sicherzustellen, dass sie demokratiethoretischen Ansprüchen an Wahlen und Auswahlmöglichkeiten genügen. Werfen wir aber zuerst noch einen Blick auf die «user» von smartvote.

3 Wer braucht smartvote?

Wer benutzt solche Wahlhilfen? Diese Frage ist nicht nur politisch relevant, sondern auch im Hinblick auf die notwendigen Korrekturen (Gewichtungen), die es braucht, um zu allgemeingültigen Aussagen über die Gesamtheit der Wählenden zu kommen. Wie gross ist der «digital Gap» und hätte eine durch smartvote oder andere Internetbasierte Tools induzierte Förderung der Wahlbeteiligung Auswirkungen auf den Ausgang der Wahlen, wie dies bereits Wolf Linder in seinem Gutachten aus dem Jahr 2001 gefragt hat, ohne damals noch über grössere empirische Grundlagen zu verfügen. Heute wissen wir, wer solche Auswahlhilfen benutzt und wir haben auch gewisse Hinweise über die Auswirkungen.

3.1 Geschlecht, Alter, Einkommen

Männer sind nicht nur bei den Wählenden übervertreten, bei den Nationalratswahlen 2007 lag der Anteil der Männer an den Wählenden bei 55 Prozent (Lutz 2008: 8), sondern ganz deutlich auch bei den Benutzern von smartvote: Rund zwei Drittel der User, die sich auch an der Umfrage beteiligt haben, sind männlichen Geschlechts. Überhaupt gibt es grosse Gemeinsamkeiten zwischen den Usern des Internets und den Benutzern dieser Online-Wahlhilfe-Plattform. Jüngere, besser gebildete Männer sind übervertreten. Häufiger wird smartvote von 18 bis 40-jährigen benutzt, während die höheren Alterskategorien untervertreten sind. Rund 40 Prozent haben einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss und über 35 Prozent geben an, über ein monatliches Bruttohaushaltseinkommen von mehr als 10'000 Franken zu verfügen. Vergleicht man diese Zahlen mit den 2003 erhobenen Werten, so lässt sich eine gewisse «Demokratisierung» feststellen, wobei die «digitalen Unterschiede» aber nach wie vor beträchtlich bleiben.

3.2 Parteisymphathien

Was die Parteisymphathien anbelangt, so ist die Linke unter den Benutzern von smartvote bedeutend stärker vertreten. Über 28.9 Prozent gaben an, bei den Nationalratswahlen die SP gewählt zu haben (vgl. Tabelle 1). Unter den Usern wäre die SP die stärkste Partei geworden, gefolgt von den Grünen, der FDP und der SVP. Die smartvote Anteile liegen bei SP und Grünen rund 8 Prozent höher als bei den Wahlen selbst. Der Anteil der SVP-Sympathisanten liegt mehr als 17 Prozentpunkte tiefer.

Fragt man die Benutzerinnen und Benutzer, welcher Partei sie 2003 die Stimme gegeben haben, so scheint die SP damals noch über deutlich mehr Sympathien verfügt zu haben. Von den Benutzern von smartvote im Jahr 2007 gaben 42 Prozent an, im Jahre 2003 die SP gewählt zu haben. Betrachtet man diese Zahlen, so waren die Verluste der SP für 2007 vorhersehbar. Auch bei der FDP hätte man mit diesen Angaben die Verluste und bei Grünen und CVP die Gewinne richtig vorhersagen können. Bei der CVP waren die Wahlgewinne allerdings minimal und bei der SVP lief die Entwicklung in die andere Richtung. Bei den Benutzern hatte die Partei an Popularität eingebüsst und bei den Wählenden ist das Gegenteil eingetroffen. Dennoch können wahrscheinlich in Zukunft auf diese Art und Weise Modelle entwickelt werden, die mit den üblichen Prognosemodellen Schritt halten können.

Tabelle 1: Wahl – und Wahlabsichten 2007 und Wahl 2003 der smartvote Benutzer und Vergleich mit den Wahlergebnissen 2003 und 2007

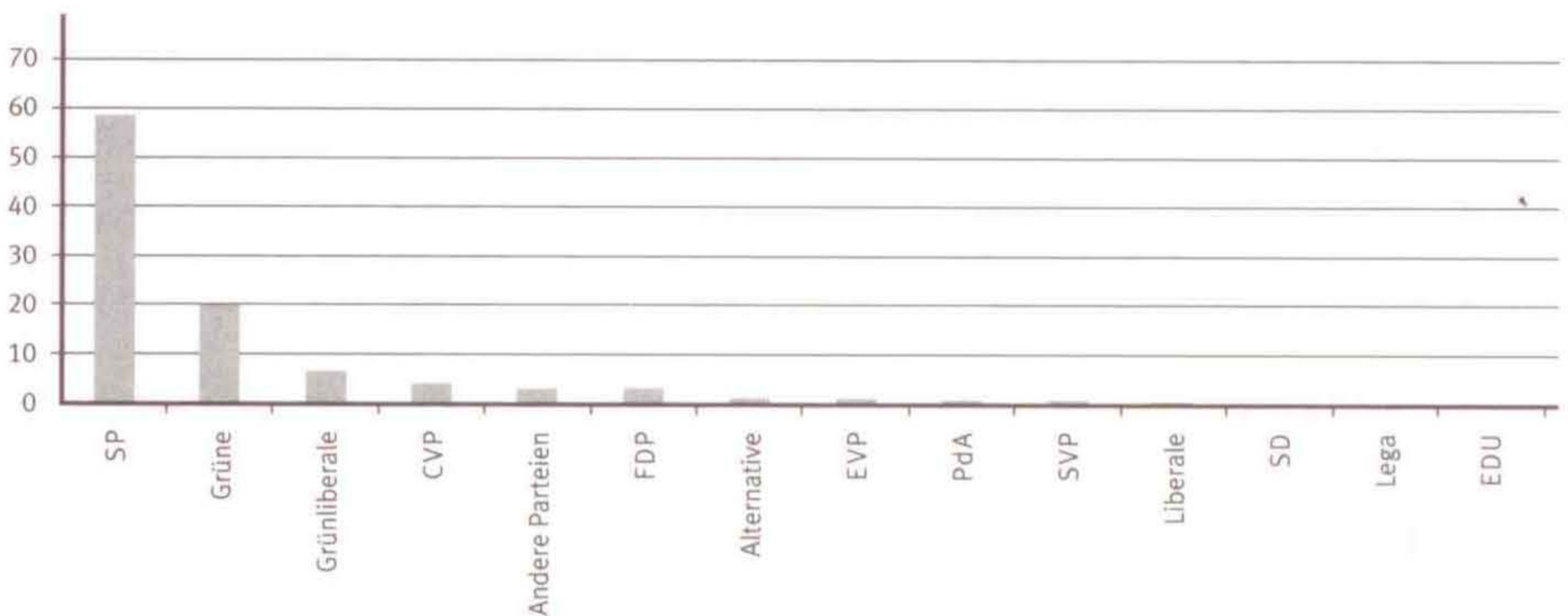
Partei	gewählt 2003 Prozentanteil	gewählt oder werde wählen 2007 Prozentanteil	Differenz 2007–03	Wahlen 2007 Prozentanteil	Differenz 2007–03
SVP	12.0	11.3	– 0.7	28.9	2.3
FDP	18.0	14.2	– 3.8	15.8	–1.6
CVP	9.0	10.0	1.0	14.5	0.1
Grünliberale		7.4	7.4	1.4	1.4
Grüne	11.7	17.8	6.2	9.6	2.2
SP	42.4	28.9	–13.5	19.5	–3.8
Liberale	1.3	1.2	– 0.1	1.9	–0.3
EVP	2.3	3.4	1.0	2.4	0.2
PdA	0.2	0.3	0.0	0.7	0.0
Alternative	1.1	1.7	0.6	0.6	–0.4
EDU	0.6	1.1	0.5	1.3	0.0
SD	0.4	0.7	0.3	0.5	–0.4
Lega	0.1	0.1	0.0	0.6	0.2
Andere	1.0	1.9	0.9	2.3	
Total	100.0	100.0		100.0	
N =	17678	27303			

Quelle: Erhebungen NCCR Democracy, IP 16

3.3 Wie flossen die Stimmen?

Für den Fall der SP schliesst sich hier natürlich die Frage an, an wen sie Stimmen verloren haben und für die Grünen und die Grünliberalen möchte man wissen, von wem sie ihre Stimmen erhalten haben. Da auf diese Art und Weise der Datenerhebung die Sympathisanten dieser Parteien übervertreten sind, kann vermutet werden, dass auch die Aussagen verlässlicher sind als bei den Verschiebungen der anderen Parteien. Aus Abbildung 1 geht klar hervor, dass sich ein beachtlicher Teil derjenigen Benutzer von smartvote, die 2003 noch die SP gewählt haben, den Grünen und teilweise auch den Grünliberalen zugewandt haben. Die Werte für die Grünliberalen liegen nicht zuletzt auch deshalb tiefer, weil sie nur in den Kantonen Zürich und St. Gallen als Alternative zu den Grünen zur Verfügung standen. Lediglich 60 Prozent der SP-Wählerinnen und Wähler von 2003 sind der Partei treu geblieben, während bei der SVP dieser Wert bei 70 Prozent liegt.

Abbildung 1: Wahl oder Wahlabsichten derjenigen Personen, die 2003 die SP gewählt haben

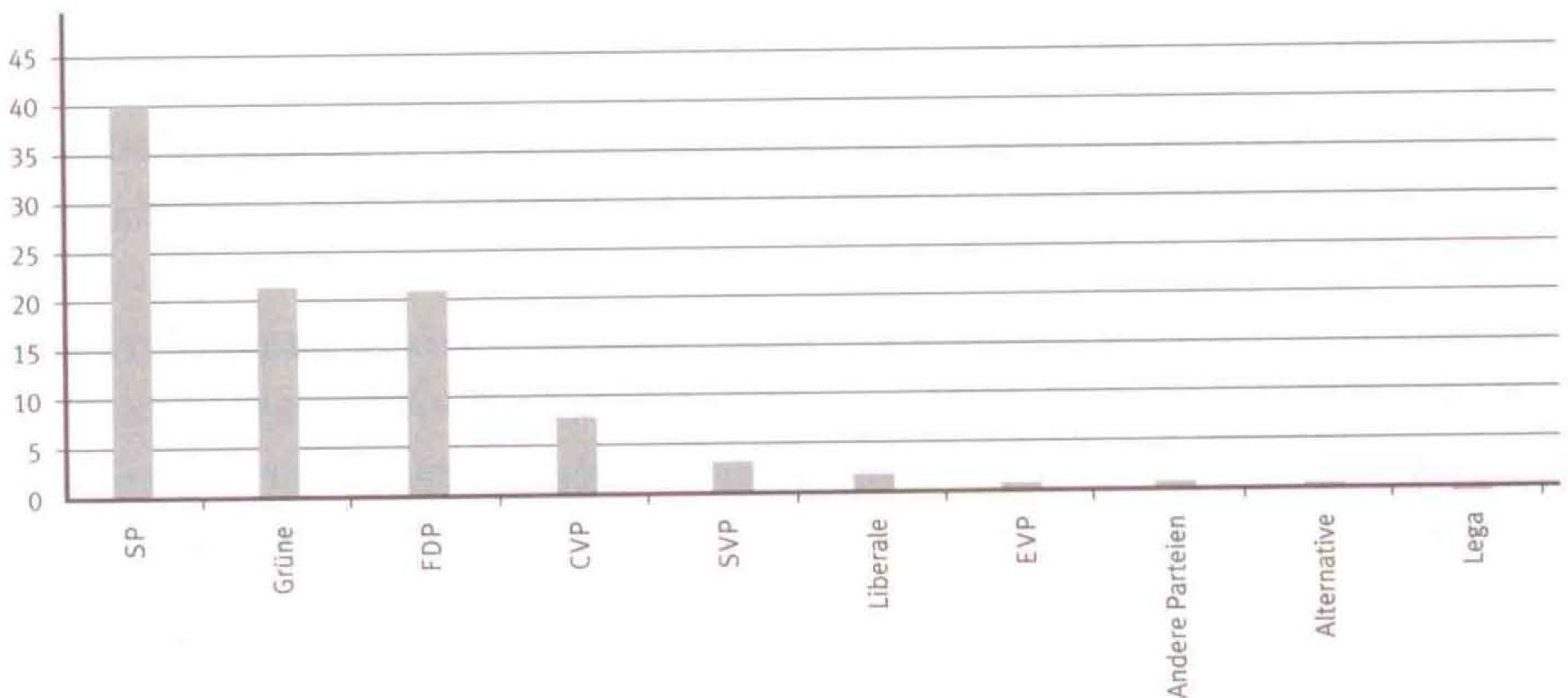


N=8'565

Quelle: Erhebungen NCCR Democracy, IP 16

Besonders aufschlussreich mit Blick auf den Wandel der Parteisympathien ist die Frage nach der «politischen Herkunft» der Wählenden der Grünliberalen (Abbildung 2). Zumindest für die Benutzerinnen und Benutzer von smartvote, aber mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit auch für alle Wählenden der Grünliberalen gilt, dass sie früher vor allem der SP ihre Stimme gegeben haben. Zwei weitere wichtige Stimmlieferanten sind die Grünen und die FDP. Offenbar ist es den Grünliberalen gelungen, Wählende auf der linken Seite in die Mitte zu ziehen und ein Teil der Wählenden der Grünen Partei hat früher wohl eher aus ökologischen als aus sozial- und wirtschaftspolitischen Überlegungen für die Grünen gestimmt. Erfolgsversprechend für die Grünliberalen dürfte zudem sein, dass sie auch von Seiten der FDP Wählerstimmen gewinnen konnten.

Abbildung 2: Herkunft der Wählenden der Grünliberalen



N= 1'396

Quelle: Erhebungen NCCR Democracy, IP 16

3.4 Auswirkungen auf das Wahlverhalten

Hat smartvote Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten? Darf man den Aussagen der Benutzer glauben, so ist dies der Fall. Etwa 15 Prozent der rund 18'000 Benutzer, die die entsprechende Frage beantwortet haben, geben an, dass die Online-Wahlhilfe entscheidend dazu beigetragen hat, dass sie wählen gegangen sind, rund 23 Prozent machten geltend, dass sie durch smartvote eher motiviert wurden. Rund zwei Drittel (N=16'654) geben an, dass die smartvote-Wahlempfehlung ihren Wahlentscheid, das heisst welchen Kandidierenden respektive welcher Partei sie ihre Stimme gegeben haben, beeinflusst hat.

Etwas mehr als 70 Prozent der Antwortenden (N=16'936) geben an, dass sie nur Kandidierende gewählt haben, die auch bei smartvote mitgemacht haben. Diese Aussage dürfte den Druck auf zukünftige Kandidierende noch erhöhen, bei smartvote mitzumachen. Rund 67 Prozent machen geltend, dass sie wegen smartvote Kandidierende gewählt haben, die sie sonst nicht gewählt hätten und 61 Prozent geben an, dass sie wegen smartvote vermehrt panaschiert hätten. Rund 35 Prozent haben aufgrund der Wahlempfehlung Kandidierende nicht gewählt, die sie sonst gewählt hätten und etwa 15 Prozent haben gemäss der Wahlempfehlung von smartvote gewählt.

Wolf Linder hatte wahrscheinlich recht, als er in seinem Gutachten im Jahr 2001 keine allzu grossen Auswirkungen des elektronischen Wählens auf die Wahlen prognostizierte. Tatsächlich stellt sich die Frage, wo der grosse Unterschied zum postalischen Wählen ist. Mit dem Aufkommen von Online-Wahlhilfen wie smartvote ergibt sich allerdings eine neue Ausgangslage. Solche Tools scheinen die Benutzerinnen und Benutzer – mehrheitlich sind es jüngere, eher links stehende Männer – zu einer Wahlteilnahme zu motivieren und haben generellen Einfluss auf das Wahlverhalten. Bevor wir uns möglichen Konsequenzen dieser Beobachtung zuwenden, sei hier noch auf ein Forschungsergebnis eingegangen, welches ebenfalls in den Forschungsbereich von Wolf Linder fällt.

4 Noch ein Forschungsergebnis: rechte Deutschschweiz und linke Westschweiz

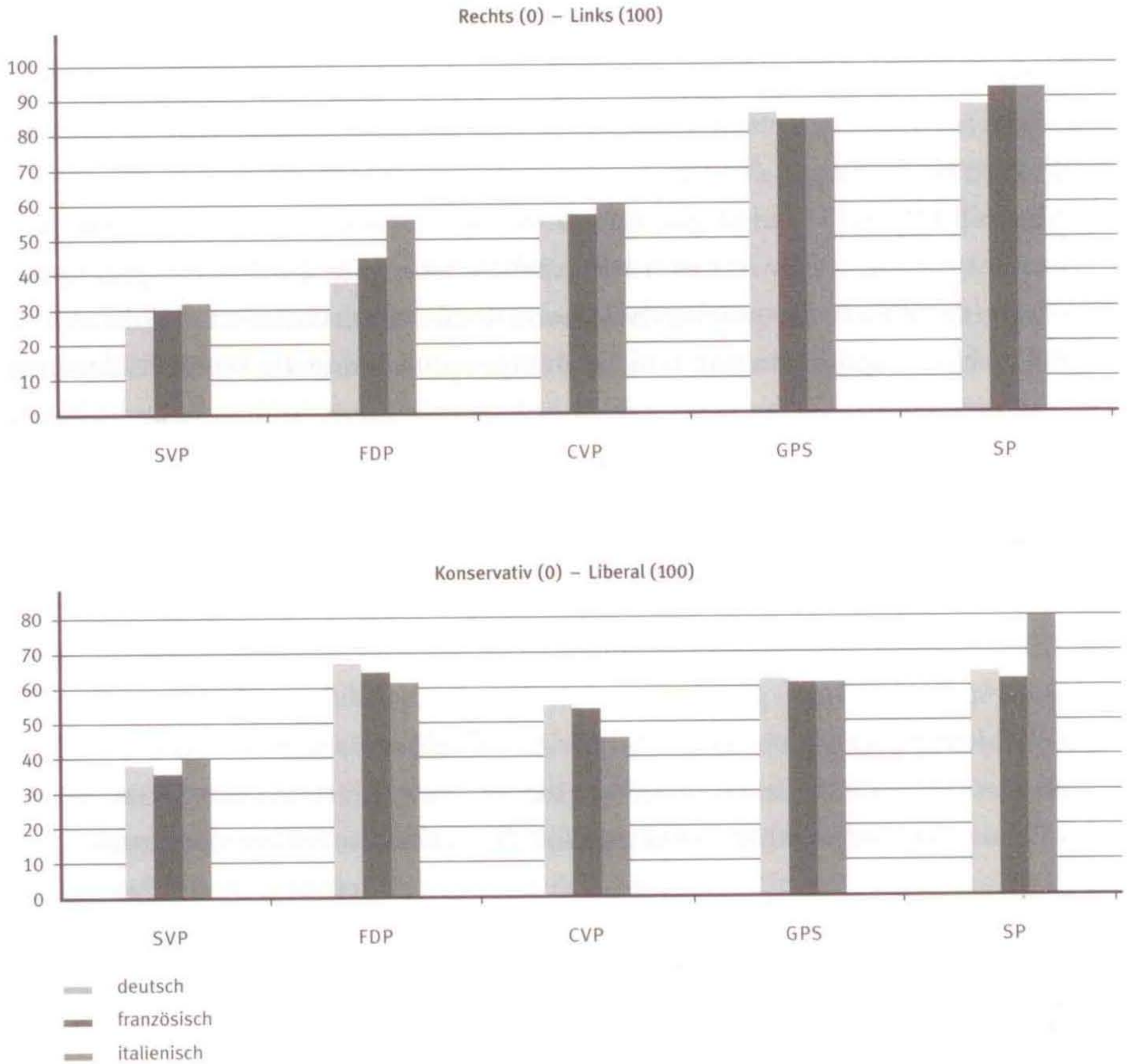
In seinem jüngsten Buch über die gesellschaftlichen Spaltungen in der Schweiz zeigt Wolf Linder anhand des Abstimmungsverhaltens, dass die Westschweiz heute politisch eher links und die Deutschschweiz stärker bürgerlich orientiert ist (Linder et al. 2008). Diese unterschiedlichen Positionen zeigen sich auch auf der Ebene der politischen Einstellungen der Kandidierenden.

Für SVP, FDP, CVP und SP gilt, dass die Kandidierenden in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz eher links stehen, wobei für die drei erstgenannten diejenigen der italienischsprachigen Schweiz noch etwas stärker nach links tendieren (vgl. Abbildung 4)¹⁹. Bei den Grünen demgegenüber sind die Deutschschweizer Kandidierenden im Durchschnitt stärker links positioniert. Anders sieht die Positionierung auf der Liberal-konservativ-Achse aus. Hier sind die Kandidierenden aus der Deutschschweiz eher etwas liberaler als diejenigen aus der französisch- und italienischsprachigen Schweiz. Dies trifft auch für die Kandidierenden der SVP zu.

Dass die politischen Unterschiede zwischen den Sprachregionen auf der Ebene der Wählenden sich auch auf der Ebene der Kandidierenden widerspiegeln, ist an sich kein spektakuläres Ergebnis. Es zeigt, dass die Kandidierenden die politische Befindlichkeit in ihren Wahlkreisen sehr wohl aufnehmen. Interessanter ist, dass die regionalen Unterschiede auch innerhalb der einzelnen Parteien existieren, wo sie mitunter zu Konflikten führen können. Allerdings sind die Differenzen, zumindest wenn sie auf diese abstrakte Art und Weise gemessen werden, nicht übermässig gross. Politisch gehören die Kandidierenden aus den unterschiedlichen Sprachregionen jeweils eher zu ihrer Mutterpartei als zu einer anderen Partei.

¹⁹ Zur Operationalisierung der Links-rechts- und der Liberal-konservativ Achse vgl. http://www.smartvote.ch/side_menu/about_us/method.php?who=v

Abbildung 3: Die Kandidierenden auf den beiden politischen Grunddimensionen nach Partei und Sprachregion



N (d,f,i): SVP (265,61,8); FDP (307,81,14); CVP (245,54,15); GPS (307,53,8); SP (319,62,7)

Quelle: Erhebungen NCCR Democracy, IP 16

5 Smart wählen

Kommen wir zum Schluss noch einmal auf das E-Voting und die parallel dazu verlaufende Entwicklung hin zu den Online-Wahlhilfen sowie mögliche Zukunftsszenarien zurück. Kann man erst einmal elektronisch wählen, so ist es naheliegend, dass auch der Auswahlprozess (erleichtert durch smartvote oder andere Online-Instrumente) mit dem Wahlprozess (‹Vote électronique›) verknüpft werden sollte. Mit ein paar Klicks müsste man eigentlich von der Auswahl zu Wahl schreiten können. Alles andere scheint wenig Sinn zu machen. Wenn man über das Internet seine Ferienreise gefunden hat, so möchte man in der Regel diese auch nicht schriftlich bestellen oder gar persönlich in einem Reisebüro vorbei gehen müssen, um zu buchen, sondern man erwartet zu Recht, dass die Buchung sogleich online vorgenommen werden kann. Man kann die Ausgangslage mit einem Tunnelbau vergleichen. Auf der einen Seite arbeitet der Bund und die Kantone daran, den ‹Vote électronique› zu realisieren, auf der anderen Seite stellen unabhängige Anbieter wie beispielsweise smartvote die Möglichkeit zur Verfügung, informiert und einfach auszuwählen. Irgendwann müssten sich die beiden Angebote treffen.

Die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe würde mit Sicherheit die Popularität von smartvote und ähnlich gelagerten Seiten noch zusätzlich steigern. Sehr wahrscheinlich ist auch, dass die Wahlbeteiligung – wie dies von den Anhängern des E-Votings gewünscht wird – dank den zusätzlichen Auswahlhilfe-Möglichkeiten, die übrigens noch in verschiedene Richtungen weiterentwickelt werden können, stärker zunehmen wird, als wenn lediglich das elektronische Wählen auf «traditionelle» Weise eingeführt würde. Die Auswahlhilfen schaffen den wirklichen Mehrwert.

Nicht unwichtig ist dabei weiter, dass der Staat so die Möglichkeit erhielte, den Anbietern von solchen Online-Wahlhilfen auch gewisse Auflagen zu machen, für den Fall, dass sie mit der elektronischen Urne verknüpft werden wollen. Solche Auflagen könnten etwa Transparenzforderungen und keine diskriminierende Aufnahmekriterien gegenüber Kandidierenden und Parteien beinhalten.

Die Reaktionen auf diese Szenarien fallen ganz unterschiedlich aus und reichen von grossen Vorbehalten bis zu absoluter Zustimmung. Die Frage ist allerdings, ob sich eine solche Entwicklung überhaupt aufhalten lässt, hat man einmal den ‹Vote électronique› eingeführt. Es macht wenig Sinn, dass die Wählenden ihre über smartvote oder ein ähnliches Produkt generierten Wahlzettel noch einmal von Hand in

die offiziellen elektronischen Wahllisten eingeben müssen. Man könnte übrigens in einem ersten Schritt, sollte man aus Sicherheitsüberlegungen dem elektronischen Wählen doch nicht trauen, das Einlegen von elektronisch generierten und zuhause ausgedruckten Wahllisten in die Wahlcouverts bewilligen (vgl. Rütsche 2008). Auch so würden Online-Wahlhilfen auf jeden Fall immer wichtiger werden.

Welche Auswirkungen sind von der Einführung des elektronischen Wählens und den Möglichkeiten des elektronisch unterstützten Auswählens auf die Politik zu erwarten? Mit Sicherheit kann davon ausgegangen werden, dass die individuellen Positionsbezüge der Kandidierenden an Bedeutung gewinnen werden. Dabei werden sich möglicherweise ambitionierte Kandidierende stärker nach wahlstrategischen Überlegungen positionieren und versuchen, mit ihren Antworten zusätzliche Panaschierstimmen zu gewinnen. Auch die Parteileitungen werden sich überlegen müssen, wie sie mit der Gesamtheit ihrer Kandidierenden in Erscheinung treten wollen, wie homogen beispielsweise der Auftritt sein muss. Bereits heute haben etwa die Hälfte der Kandidierenden von ihren Parteien Hinweise erhalten, wie sie die smartvote Fragen zu beantworten hätten (vgl. Ladner et al. 2008: 9). Da smartvote den Kandidierenden eine neue und vor allem auch sehr breite Plattform bietet, sich persönlich zu präsentieren, stellt sich die Frage, welche Bedeutung der Parteizugehörigkeit in Zukunft noch zukommen wird. Einmal angenommen, alle Wählenden würden mit Hilfe entsprechender Plattformen wählen, so käme es kaum noch darauf an, auf welchem Listenplatz jemand aufgestellt ist und möglicherweise würde auch schon ein Komitee genügen, welches die Kandidatur ermöglichte. Damit würden die Parteien eine ihrer letzten Monopolstellungen, nämlich die Kontrolle über den Zugang zu politischen Ämtern, verlieren.

Und beginnt man einmal sich elektronisch an der Politik zu beteiligen, so wird man in kurzer Zeit neue Möglichkeiten und Anwendungsbereiche entdecken. «Mypolitics.ch» heisst vielleicht in Zukunft meine personalisierte Webseite für alle meine politischen Geschäfte. Auf dieser Seite habe ich mein politisches Profil abgespeichert, welches ich für alle zukünftigen Wahlen verwenden kann und auf dessen Basis mir Initiativen und Referenden unterbreitet werden, die ich elektronisch unterschreiben kann. Natürlich kann ich mein Profil auch immer wieder abändern. Auf der Seite befindet sich zudem mein Archiv über meine bisherigen politischen Tätigkeiten. Ich werde laufend aufdatiert über die Aktivitäten von Parteien, Politikerinnen und Politikern, die mich besonders interessieren und kontrolliere, ob die Gewählten auch wirklich das tun, was sie versprochen haben.

LITERATUR

- Bericht des Bundesrates über den Vote électronique (2002): Chancen, Risiken und Machbarkeit elektronischer Ausübung politischer Rechte vom 9. Januar 2002.
- Bericht des Bundesrates über die Pilotprojekte zum Vote électronique vom 31. Mai 2006.
- Ladner Andreas, Daniel Schwarz und Jan Fivaz (2008): Die politische Positionierung der Kandidierenden bei den Nationalratswahlen 2007. Eine explorative Analyse der Antworten auf die Fragen der Online-Wahlhilfe smartvote. Lausanne: Cahier de l'Idheap 2008/239.
- Lau, Richard R. und David P. Redlawsk (2006): How Voters Decide. Information Processing During Election Campaigns. Cambridge: Cambridge University Press.
- Linder Wolf (2001): Gutachten zum e-Voting. Universität Bern: Institut für Politikwissenschaft.
- Linder, Wolf (2003): E-Voting – eine Belebung der direkten Demokratie? In: Le Ges 2003/1. Bern.
- Linder, Wolf, Regula Zürcher und Christian Bolliger (2008): Gespaltene Schweiz – geeinte Schweiz. Gesellschaftliche Spaltungen und Konkordanz bei den Volksabstimmungen seit 1874. Baden: hier + jetzt.
- Lutz, Georg (2008): Eidgenössische Wahlen 2007. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Lausanne: Selects – FORS.
- Rütsche, Bernhard (2008): On-line voting assistance tools and democracy. In: Bibliothek zur Zeitschrift für Schweizerisches Recht. Beiheft. Basel 2008/47
- Walgrave, Stefaan, Peter van Aelst und Michiel Nuytemans (2008): «Do the Vote Test»: The Electoral Effects of a Popular Vote Advice Application at the 2004 Belgian Elections. In: Acta Politica 43: 50–70.
- Zittel Thomas und Thomas Gschwend (2007): Individualisierte Wahlkämpfe im Wahlkreis. Eine Analyse am Beispiel des Bundestagswahlkampfes 2005. Politische Vierteljahresschrift 48(2): 293–321.